

Luzern, 8. November 2012

Dies Academicus der Universität Luzern vom 8. November 2012

Die Native Americans und der Memory-Boom in den USA

Akademische Rede von Prof. Dr. Aram Mattioli, Prodekan der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

«The past is never dead. It's not even past.» – «Die Vergangenheit ist niemals tot. Sie ist nicht einmal vergangen.» Diese Einsicht des amerikanischen Romanciers William Faulkner war nie zutreffender als im letzten Vierteljahrhundert. Als Begründung dafür lassen sich zwei Argumente anführen. Schon grundsätzlich gilt immer: «Alle Geschichte ist Geschichte der Gegenwart, weil Vergangenes als Vergangenes gar nicht erfahren werden kann, sondern nur als aus der Vergangenheit Gegenwärtiges.» Überdies traten seit dem Ende des Kalten Krieges in vielen westlichen Gesellschaften lange Zeit verschüttete, aber noch qualmende Geschichten ins Bewusstsein der Menschen und traten in Deutungskonkurrenz zu den etablierten Erinnerungsnarrativen. Mitunter resultierten daraus intensiv geführte Kontroversen um die «richtige» Deutung der Vergangenheit. Dabei handelte es sich stets um normativ bedeutsame Selbstverständigungsdebatten, die über den historischen Gegenstand hinaus viel über den inneren Zustand und die Leitwerte jener Gesellschaften verrieten, in denen sie ausgetragen wurden.

Meine Überlegungen gehen von der Beobachtung aus, dass in den USA die *staatlich* getragene, also offizielle Erinnerung an die territoriale Expansion der jungen Republik und die durch sie bewirkte Zerstörung des ersten Amerika im letzten Vierteljahrhundert sichtbar umgebaut worden ist. In diesem keineswegs abgeschlossenen Prozess diskursiver Neuaushandlung sind *Teile* eines indianischen Gegengedächtnisses in die staatliche Erinnerungskultur eingegangen. Entscheidend für den hier behaupteten Wandel waren nicht so sehr neue Resultate der wissenschaftlichen Forschung oder ihre verstärkte Vermittlung in den Schulen, sondern das geschichtspolitische Engagement einzelner politischer Akteure. Von Erfolg gekrönt waren einige dieser Initiativen insbesondere deshalb, weil die soziokulturellen Voraussetzungen kollektiven Erinnerns seit den späten achtziger Jahren grundlegend andere wurden. Die eingetretene Veränderung kann nicht allein auf die Öffnung des politischen Systems nach der konservativen Reagan-Ära zurückgeführt werden; sie wurde auch von einem internationalen Trend diktiert. Ein schönes Stück weit muss sie mit dem von Jay Winter so benannten «Memory-

Luzern, 8. November 2012

Boom» erklärt werden, der nach dem Epochenbruch von 1989 weite Teile der westlichen Welt erfasste. Um diesen bemerkenswerten Wandel verstehen zu können, habe ich meine Überlegungen in 4 Abschnitte gegliedert.

Abschnitt A: Der Memory-Boom seit 1989. Die Globalisierung und das Ende des Kalten Krieges schufen die Voraussetzungen dafür, dass sich in vielen Ländern der westlichen Welt neue Erinnerungskulturen herausbilden konnten. Tatsächlich haben sich viele westliche Gesellschaften seither zunehmend selbstkritisch mit ausgesuchten Schattenseiten ihrer nationalen Geschichte auseinandergesetzt. In den sich neu formierenden Kollektivgedächtnissen lösten Leidens-, Verlierer- und Opfererzählungen zunehmend die alten Sieges- und Heldengeschichten ab. Der «Memory-Boom» führte nicht nur zu einem inhaltlichen Umbau von Erinnerungskulturen, in dem bislang nichterzählte Geschichten von Gewalt, Diskriminierung und Massenmord in die Geschichte der eigenen Nation integriert wurden. Begleitet war dieser auch von einer neuartigen symbolischen Wiedergutmachungspraxis, bei der Staats- oder Regierungschefs bei den Opfern und ihren Nachfahren Abbitte für die durch Vorgängerregierungen zu verantwortenden Menschenrechtsverletzungen leisteten.

Diese Entschuldigungen kreisten nicht mehr bloss um die offenen Wunden des Zweiten Weltkriegs – so als Präsident Jacques Chirac im Juli 1995 etwa die schwere Schuld des Vichy-Regimes bei der Deportation der 13'000 in Frankreich lebenden Juden einräumte. Jüngst betrafen sie auch weiter zurückliegende Tragödien und selbst Unrecht aus der Fast-noch-Gegenwart des Ost-West-Konflikts. So bat der kanadische Ministerpräsident Stephen Harper am 11. Juni 2008 die First Nations seines Landes für die zwischen 1870 und 1970 praktizierte Politik, indianische Kinder ihren Familien zu entreissen, um sie in Internaten ihren Kulturtraditionen zu entfremden und durch Zwang in die Mainstreamgesellschaft einzupassen, um Verzeihung.

Unter den so gegensätzlichen Administrationen von George Bush senior, Bill Clinton und Barack Obama trat der «Memory-Boom» auch in den USA augenfällig in Erscheinung. In den Amtszeiten dieser Präsidenten unterstützten die beiden Kammern des Kongresses eine erstaunlich selbstkritische Geschichtspolitik. So entschuldigte sich Präsident George Bush 1990 bei jenen 110'000 Japanern und japanischstämmigen Amerikanern, die nach dem Fliegerangriff auf Pearl Harbor 1941 auf reinen Verdacht hin in Lagern interniert worden waren. 1993 baten die USA unter Bill Clinton die Native Hawaiians für den Sturz ihres souveränen Königreichs, der die Annexion der Pazifikinseln durch die aufstrebende Weltmacht einleitete, um Verzeihung. Fünf Monate nach Barack Obamas Amtsantritt, im Juni 2009, entschuldigte sich der US-Senat bei den Afro-Amerikanern für das Unrecht der Sklaverei und Rassensegregation. Und am 19. Dezember 2009 unterzeichnete Präsident Barack Obama schliesslich die «Native American Apology Resolution», mit der die Beziehungen zwischen Washington und dem so genannten «Indian Country» auf eine neue Grundlage gestellt werden

Luzern, 8. November 2012

sollten. Diese Entschuldigungen brachen mit der früher geübten Erinnerungspraxis amerikanischer Administrationen.

Abschnitt B: Die traditionelle Erinnerungskultur an den «Winning of the West». Heute gehört es in der internationalen Forschung zu den unbestrittenen Tatsachen, dass die fortlaufende Verdrängung und Zerstörung der nordamerikanischen Indianerkulturen zu den zentralen Prozessen der amerikanischen Geschichte gehört. Das ergibt sich nur schon aus den nackten Zahlen: Während das riesige Gebiet nördlich des Rio Grande 1492 – vorsichtig geschätzt – von etwas mehr als fünf Millionen Native Americans bewohnt wurde, lebten 1900 in den USA nur noch 237'000 Menschen indianischen Ursprungs. Die durch die europäischen Eingriffe in die amerikanische Geschichte verursachte Bevölkerungskatastrophe gehört ohne Zweifel zu den dunkelsten Kapiteln der Neuzeit. Umso bezeichnender ist es, dass diese Tatsache in der klassischen Nationalgeschichtsschreibung der USA bestenfalls eine Nebenrolle spielte. Stattdessen wurde in ihr die Legende vom dünn besiedelten und schlecht genutzten Land propagiert, das nur darauf gewartet habe, von gottesfürchtigen Farmern in Besitz genommen zu werden. In dieser Meistererzählung wurde die kolonisierende Landnahme durch amerikanische Siedler im hellsten Licht geschildert, die Frontier-Erfahrung zum prägenden Moment demokratischer Nationsbildung verklärt und die Westexpansion als historisch notwendiges, in der nach 1850 weit verbreiteten «Manifest Destiny»-Doktrin sogar als Gott gewolltes «Zivilisierungswerk» dargestellt.

Noch mitten im Kalten Krieg fand diese Sicht auf die amerikanische Geschichte im «Jefferson National Expansion Memorial» auch einen städtebaulichen Ausdruck. Zwischen 1961 und 1976 in der Innenstadt von St. Louis fertiggestellt, erinnert diese nationale Gedenkstätte an die zentrale Rolle, welche die am Mississippi gelegene Metropole beim «Winning of the West» spielte. Das in der «New Deal»-Ära durch den Kongress beschlossene Memorial trägt seinen Namen zu Ehren des dritten Präsidenten der USA. Thomas Jefferson war es, der 1803 vom napoleonischen Frankreich das über 2,1 Millionen Quadratkilometer grosse Louisiana-Territorium für 15 Millionen Dollar erwarb. Mit dem «Louisiana Purchase» verdoppelte sich die Fläche der USA mit einem Schlag und das Staatsterritorium schob sich weit in den Westen des Kontinents vor, ohne dass die dort lebenden indianischen Nationen bei diesem grössten Grundstücksgeschäft der Geschichte freilich um ihre Zustimmung gefragt worden wären. Übertagt wird die weitläufige Parkanlage am Mississippi vom 192 Meter hohen, 1965 fertiggestellten «Gateway Arch», den der Architekt Eero Saarinen entwarf, und der das «Tor zum Westen» symbolisiert. In dem 1976 direkt unter dem Gateway Arch eröffneten Museum wird die Westexpansion betont patriotisch inszeniert, ohne wirkliche Sensibilität für die dramatischen Folgen dieses historischen Prozesses. Im Zentrum der Präsentation stehen Jeffersons Westvision, die von ihm ausgeschickte Lewis- und Clark-Expedition, die die territoriale Ausbreitung der USA bis an die Pazifikküste vorbereitete, und die weisse Pioniergeschichte. Dass das Gebiet jenseits des Mississippi schon lange vor 1803 eine Geschichte hatte, bleibt ebenso unterbelichtet wie die Gewaltdimension der Westexpansion.

Luzern, 8. November 2012

Fehlende Empathie für die Besiegten ging im weissen Amerika Jahrzehnte lang mit Desinteresse für indianische Belange Hand in Hand. Bis weit in den Kalten Krieg hinein lebten die meisten US-Bürger in einer Welt, in der sich – von zahlreichen Orts- und Flussnamen (wie Omaha, Milwaukee oder Massachusetts) abgesehen – kaum Hinweise auf das erste Amerika finden liessen. «All across America», brachte es James W. Loewen 1995 auf den Begriff, «the landscape suffers from amnesia, not about everything, but about many crucial events and issues of our past.» Selbst am Ort des grössten indianischen Sieges über die US-Kavallerie war dies der Fall: Das ehemalige Schlachtfeld von Little Bighorn, auf dem eine Reiterstreitmacht aus Lakota-, Cheyenne- und Arapaho-Kriegern am 25. Juni 1876 die von General George Armstrong Custer befehligte Kavallerieeinheit bis auf den letzten Mann vernichtete, diente bis vor wenigen Jahren einzig dem Gedenken der im Kampf gefallenen Soldaten der U.S. Army.

Abschnitt C: Die neue Erinnerungskultur. Das Ende des Kalten Krieges und die verstärkt einsetzende Globalisierung fielen in den USA mit dem Beginn der Präsidentschaft von George H. Bush zusammen, der im September 1990 eine «neue Weltordnung» als ebenso notwendig wie möglich bezeichnete. Die Wendezeit nach 1989, in der alte Überzeugungen und traditionelle Feindschaften ihre Geltung verloren, verschob bei zahlreichen Amerikanern die Grundkoordinaten ihrer Weltsicht. Vor diesem Hintergrund setzte eine breite Wiederentdeckung der indianischen Kulturen ein, die nun immer mehr als ein wertvoller Bestandteil des «nationalen Erbes» geschätzt wurden. Bezeichnenderweise kam jetzt eine ganze Reihe von kommerziell erfolgreichen Spielfilmen in die Kinos, die vom neuen Interesse für indianische Geschichte und Kultur zeugten. Viel gesehene Filme wie «Dances with Wolves» (1990), «The Last of the Mohicans» (1992) und «Geronimo. An American Legend» (1993) verbreiteten nun ein positives, überaus menschliches Indianerbild. Mit Händen zu greifen war der Wandel auch in der offiziellen Geschichtspolitik, den ich an drei Fallbeispielen exemplarisch dokumentieren möchte.

1. Fallbeispiel: Alten Forderungen indianischer Organisationen entsprechend, stimmte der Kongress 1989 und 1990 mehreren Gesetzen zu, die den lange Zeit verachteten und an den Rand gedrückten Indianerkulturen eine historisch neuartige Form des Respekts zollten. Die wichtigste unter diesen Vorlagen war der Gründungsbeschluss für das «National Museum of the American Indian», das im September 2004 an der Mall in Washington D.C. eröffnet wurde. Das Museum besitzt eine der weltweit umfangreichsten Sammlungen indianischer Kunstschatze; es dokumentiert die mehr als 12'000 Jahre umfassende Geschichte von rund 1200 indigenen Völkern in den beiden Amerikas. Die Dauerausstellung sendet die zentrale Botschaft aus, dass die «Native Americans» überlebt haben und die USA sie nach 500 Jahren der Nichtbeachtung nicht länger übersehen darf.

Luzern, 8. November 2012

2. Fallbeispiel: Im wahrsten Wortsinn umgebaut wurde die in Montana gelegene Gedächtnisstätte, die an die am 25. Juni 1876 ausgetragene Schlacht von Little Bighorn erinnert. Um den kommandierenden General der U.S. Army zu ehren, der zusammen mit 262 seiner Soldaten fiel, hiess die Stätte seit 1946 offiziell «Custer Battlefield National Monument». Ursprünglich bestand der Erinnerungsort aus dem 1881 errichteten Obelisk auf dem «Last Stand Hill», dem Gräberfeld der Gefallenen, einem Militärfriedhof für weitere Tote der Indianerkriege und aus einem letzten Ruheort für die in der Schlacht umgekommenen Pferde der 7. Kavallerie. Die Schlacht von Little Bighorn stellte zwar die schwerste militärische Niederlage dar, welche die USA in den zahlreichen Konflikten mit den Native Americans erlitt. Doch hier wurde der gefallene Kommandeur als Märtyrer der Nation gefeiert, der durch seinen Heldentod mitgeholfen habe, die nördlichen Plains endgültig für die weisse Besiedlung zu öffnen. Nichts erinnerte auf dem ehemaligen Schlachtfeld an die indianischen Sieger, nichts an ihre Anführer Crazy Horse, Sitting Bull, Gall und Two Moons und auch nichts an die mindestens 100 gefallenen Krieger, Frauen und Kinder.

Lange schon empfanden zahlreiche Native Americans die Einseitigkeit der Kommemoration als ein Problem. Russell Means und seine Anhänger vom radikalen AIM hatten schon 1972, 1976 und 1982 vergeblich versucht, auf dem weitläufigen Gelände eine Gedenktafel für die Sieger der Schlacht anzubringen. Am 25. Juni 1988 war der vierte Versuch schliesslich erfolgreich, weil die Verantwortlichen der Gedenkstätte eine Konfrontation mit den rund 150 anwesenden Indianern vermeiden wollten. Es war der demokratische Politiker Ben Nighthorse Campbell, der das Anliegen aufnahm und in Washington einem entsprechenden Gesetz zum Durchbruch verhalf. Als einziger indianischer Abgeordneter im Kongress schmiedete er zusammen mit dem Republikaner Ron Marlenee über die Parteigrenzen hinweg eine Allianz. 1991 änderte der Kongress nicht nur den Namen der Stätte in «Little Bighorn Battlefield National Monument»; er beschloss auch, auf dem Gelände ein indianisches Memorial zu errichten. Mit der Einweihung des Indian Memorial am 25. Juni 2003 setzte sich in der Tat eine ausbalanciertere Geschichtsinterpretation durch.

3. Fallbeispiel: Während der Präsidentschaft von Bill Clinton kam es 2000 zur ersten offiziellen Entschuldigung einer staatlichen Behörde für die früher praktizierte Indianerpolitik. Als das Bureau of Indian Affairs sein 175-jähriges Bestehen feierte, nahm Kevin Gover, Innenstaatssekretär für indianische Angelegenheit, das Jubiläum zum Anlass, sich im Namen seiner Behörde für alles Leid zu entschuldigen, das diese seit dem frühen 19. Jahrhundert über die indianischen Nationen gebracht hatte. In einer bewegenden Rede vor BIA-Beamten, Regierungsvertretern und Führern der American Indian Nations drückte Gover sein tiefes Bedauern über die von seiner Behörde zu verantwortende «Hinterlassenschaft von Rassismus und Unmenschlichkeit» aus, die Zwangsumsiedlungen, Massaker, Landraub und kulturelle Auslöschung einschliesse. Dieser Schritt war umso bemerkenswerter, als der frühere Rechtsprofessor Mitglied der Pawnee-Nation ist. Nie zuvor hatte in den USA ein so hochrangiger Regierungsvertreter eine derartige Entschuldigung abgegeben. Er sprach aber ausdrück-

Luzern, 8. November 2012

lich nicht im Namen des Weissen Hauses. Bei aller Anerkennung für Govers gute Absichten wurde seine Geste nicht nur positiv aufgenommen. Nicht wenige Native Americans störten sich daran, dass das Schuldeingeständnis von einem der ihren vorgebracht wurde. Das sei ganz so, wie wenn sich ein Jude bei den Juden für die Verbrechen der Nationalsozialisten entschuldigen würde, meinte etwa Eugene Johnson vom Sillitz Tribe in Oregon.

Erst nach der Wahl von Barack Obama stimmte der Kongress einer offiziellen Entschuldigung zu. Im Dezember 2009 unterzeichnete der erste schwarze Präsident der USA die «Native American Apology Resolution», in der er sich «im Namen des amerikanischen Volkes» bei den «Native Peoples» für «viele Beispiele von Gewalt, Misshandlung und Vernachlässigung», eine «schlecht durchdachte Politik» und «amtliche Verwüstungen» entschuldigte. Dieses politisch breit abgestützte Schuldeingeständnis war und ist von einigem symbolischen Wert. Es birgt das Potential in sich, den längst nicht abgeschlossenen Lernprozess in Sachen Geschichtsaufarbeitung weiter voran zu bringen. Dazu müsste es aber zu einem Gegenstand des nationalen Diskurses werden, was bislang kaum der Fall war. Ob eine allseits akzeptierte Wiedergutmachung möglich sein wird, muss die Zukunft zeigen.

Obwohl staatliche Entschuldigungen in der Regel erst am Ende intensiver Aufarbeitungsprozesse stehen, kann davon im Falle der USA keine Rede sein. «Das an den Indianern begangene Unrecht ist [zwar, A.M.] nicht länger ein Tabu», beschrieb die «Neue Zürcher Zeitung» den erreichten Diskussionsstand im Jahr 2002, «auch wenn Amerika nach wie vor kein nationales Mahnmal besitzt, das an die Vertreibungen, Massaker und Erniedrigungen erinnert.» Trotz dieser Einschränkung ist unübersehbar, dass das historische Problembewusstsein und der Wiedergutmachungswille bei vielen Kongressabgeordneten und – nicht ganz so ausgeprägt – auch bei etlichen US-Bürgern seit 1989 grösser geworden sind, auch wenn in dieser Hinsicht noch viel zu tun bleibt. Neu ist die Akzentverschiebung weg von der einseitigen Glorifizierung der weissen Pioniergeschichte hin zu einem stärkeren Einbezug der indianischen Opfergeschichte.

Abschnitt D: Erklärungsversuch. Der neue erinnerungskulturelle Umgang mit der Zerstörung des ersten Amerika ist mit einem komplexen Ursachenbündel zu erklären, in dem globale und nationale Trends zusammenspielten. Nach dem Epochenbruch von 1989 stieg das Holocaust-Gedenken in der westlichen Welt zu einer «kulturell-globalen Norm» auf, an der zunehmend auch andere Fälle historischen Unrechts gemessen werden konnten. Nun tendierten die aus dem nationalen Container befreiten Erinnerungskulturen dazu, die Geschichte der Anderen als gleichrangig anzuerkennen und in die eigene Geschichte zu integrieren. Schon kurz vor dem Ende von Ronald Reagans Präsidentschaft hatte der Senat die Völkermordkonvention von 1948 ratifiziert. Lange Zeit hatte es im Senat für eine solche Ratifizierung keine Mehrheit gegeben, weil seine Mitglieder befürchteten, dass dunkle Kapitel der US-Geschichte wie der Sklavenhandel, die Abwürfe der beiden

Luzern, 8. November 2012

Atombomben über Japan und die Verdrängung und Vernichtung der nordamerikanischen Indianerkulturen als genozidal eingestuft werden könnten. Dieser völkerrechtliche Kurswechsel bereitete der neuen Erneuerungskultur *mit* den Boden.

Nach dem Ende des Kalten Krieges entfiel in den USA zudem der Zwang, stets beweisen zu müssen, dass man im besseren und moralisch überlegenen System lebt. In der Gesellschaft der einzig verbliebenen Supermacht intensivierte sich das Menschenrechtsbewusstsein. Parallel dazu brach sich in den USA eine neue Sensibilität für die Anliegen und Rechte indigener Völker Bahn, nicht zuletzt befördert durch internationale Entwicklungen. Bezeichnenderweise erhielt die Maya- Menschenrechtsaktivistin Rigoberta Menchú im Jahr des Kolumbus-Gedenkens den Friedensnobelpreis zugesprochen. 2007 verabschiedete die Generalversammlung der UNO eine «Erklärung der Rechte der indigenen Völker», die einen internationalen Standard zu deren Schutz definierte. Die Erklärung stellt die indigenen Völker ausdrücklich mit allen anderen Völkern der Welt auf die gleiche Stufe und anerkennt ihr Recht auf die Erhaltung ihrer Kulturen und Traditionen. Nachdem die Administration seines Amtsvorgängers das durch die Weltgemeinschaft beschlossene Schlüsseldokument noch abgelehnt hatte, haben die USA die Erklärung unter Barack Obama ratifiziert.

Eine fundierte Erklärung des erinnerungskulturellen Wandels wäre jedoch ohne Hinweis auf den in den USA in Gang befindlichen demographischen und gesellschaftlichen Wandel unvollständig. Im letzten Vierteljahrhundert ist die amerikanische Gesellschaft nicht nur kulturell bunter geworden, es haben sich auch die demographischen Gewichte innerhalb der Bevölkerungsgruppen zusehends verschoben. Das traditionelle weisse Amerika verlor an politischer und kultureller Bedeutung; das Land wird heute nicht mehr von den Eliten der alten WASP-Kultur dominiert. Im Zuge dieses Prozesses gerieten sozialkonservative Werte und damit auch das traditionelle Geschichtsbild immer stärker in die Defensive. Was der ETH-Professor Herbert Lüthy schon 1969 zu bedenken gab, gilt zunehmend auch für die offizielle Erinnerungskultur der USA: «Es *gibt* in der Tat einen Schutt der Geschichte, der die Gegenwart belastet und die Zukunft verstellt, den wegzuräumen oder vielmehr aufzuräumen immer wieder, heute vielleicht dringender denn je, im Interesse der Menschheit, ihrer Zukunft, ja ihres Überlebens liegt.»

Nachbemerkung: Eine mit Anmerkungen versehene Langfassung dieses Textes wird in den Luzerner Universitätsreden publiziert werden.